

**438/UEA XXIII. GP**

---

**Eingebracht am 24.09.2008**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Dipl.- Ing Missethon, Mag. Darmann  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend möglichst rasche Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes  
zum desaströsen Eurofighter-Vergleich des Bundesministers für Landesverteidigung

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten  
Murauer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend dilettantischen Eurofighter-Vergleich zum Schaden der Republik  
Österreich

Der Rechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht zum Eurofighter-Vergleich von  
Bundesminister Darabos dessen Vorgangsweise aber auch das Ergebnis vehement  
kritisiert. Die darin enthaltenen Punkte bestätigen die Bedenken, welche die  
unterzeichneten Abgeordneten immer wieder gegen den Vergleich und die  
Detailvereinbarung von Bundesminister Darabos vorgetragen haben. Diese sind im  
Wesentlichen:

- 15 zum überwiegenden Teil gebrauchte Eurofighter des älteren Modells (Tranche 1) kosten pro Stück 5 Mio € mehr als 18 fabriksneue Eurofighter des aktuellen Modells (Tranche 2).
- Der Rechnungshof kann nur mehr 2 von 15 Eurofightern als fabriksneu anerkennen, da alle anderen entweder gebrauchte oder mit gebrauchten Komponenten ausgestattete Eurofighter sind.
- Der Wert an Abbestellungen und Leistungskürzungen durch den Darabos-Vergleich beträgt vorsichtig gerechnet über 370 Mio €. Der Rechnungshof konnte eine abschließende Bewertung nicht vornehmen, das genauere Ausmaß des Schadens wird erst zu einem späteren Zeitpunkt errechenbar sein.
- Durch eine Reduktion der Kaufverträge um 250 Mio € verzichtete Darabos auf 500 Mio € Gegengeschäftsvolumen und gefährdet dadurch rund 3.000 österreichische Arbeitsplätze.
- Der Rechnungshof stellt fest, dass Darabos durch die Nichteinbindung des Finanzministers das Bundeshaushaltsgesetz verletzt hat.

- Der Rechnungshof befürchtet durch die Verwendung unbestimmter Begriffe im Vergleich (wie z.B. „fast neuwertig“ und „angemessene Versorgbarkeit“) weitere Verteuerungen bzw. mangelt es dadurch an deren rechtlicher Durchsetzbarkeit.
- Der Rechnungshof konnte bei den In-Service-Supportverträgen statt der von Darabos angegebenen 120 Mio € nur 17 Mio € an Einsparungen erkennen.

Der Rechnungshof hat eine Reihe von Empfehlungen abgegeben, die das Bundesministerium für Landesverteidigung möglichst rasch umsetzen müsste, um weiteren Schaden von der Republik Österreich abzuwenden bzw. die Folgewirkungen des für Österreich nachteiligen Vergleichs zu minimieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert:

1. umgehend das dem Bundeshaushaltsgesetz entsprechende Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen über die derzeit laufenden konkreten Vertragsänderungen sicherzustellen,
2. umgehend die Finanzprokuratur in die noch ausstehenden Vertragsänderungen entsprechend den Empfehlungen des Rechnungshofes einzubinden,
3. umgehend dem Landesverteidigungsausschuss des Nationalrates den gesamten Text des Vergleichs und der Detailvereinbarung der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH vorzulegen,
4. die betroffenen Dienststellen im Bundesministerium für Landesverteidigung über Details des Vergleichs bzw. der Detailvereinbarung umfassend zu informieren, um anfallige Nachteile bei Verhandlungen infolge eines geringeren Informationsstandes gegenüber Vertretern der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH zu vermeiden,
5. die mit dem Vergleich abbestellten Zusatzausrüstungen für den Eurofighter, nämlich das elektronische Selbstschutzsystem DASS und das Infrarotsichtgerät Pirate, ehestmöglich zum Schutz der Piloten anzuschaffen,
6. Festlegungen betreffend die logistische Baugleichheit und die angemessene Versorgung mit Ersatz- und Umlaufteilen bei den noch ausstehenden Vertragsänderungen eindeutig zu definieren, um allfällige Folgekosten zu vermeiden,
7. die noch ausstehende Definition des Begriffes „fast neuwertig“ für den Abnahme- und Güteprüfprozess in den noch ausstehenden Vertragsänderungen festzulegen,

8. Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Ersatz- und Umlaufteilen umgehend einzuleiten, um allfällige Stehzeiten und Mehrkosten für das BMLV zu vermeiden,
9. mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH für die gebrauchten Flugzeuge eine endgültige und mit dem Bundesministerium für Finanzen abgestimmte Regelung der Liefertermine zu treffen,
10. bei einem allenfalls weiter vorliegenden Lieferverzug bei logistischen Leistungen und Produkten das vertraglich vereinbarte Pönale von der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH zeitgerecht einzufordern,
11. das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bei Vertragsänderungen mit allfälligen Auswirkungen auf Gegengeschäfte zeitgerecht einzubinden und
12. bei den In-Service-Support-Verträgen die nicht genutzte Entgelt-Reduktion in Höhe von 333.000 Euro von der Eurofighter-Jagdflugzeug GmbH nachzufordern.